

## Beschluss des Landrats vom 28.11.2024

Nr. 858

### 24. Anonymisierte Umfrage der Kantonspolizei Basel-Landschaft 2024/403; Protokoll: ps

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) informiert, der Regierungsrat sei bereit, das Postulat entgegenzunehmen, und beantrage dessen Abschreibung. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

**Caroline Mall** (SVP) dankt für die Entgegennahme des Postulats. Es wäre wichtig, eine solche Umfrage zu lancieren. Es wurden bereits diverse Möglichkeiten geprüft und Dinge versucht, um das Interesse am Polizeiberuf zu steigern, und es hat nicht gereicht. Deshalb gibt es nun auch eine Motion, dass auch Personen mit C-Bewilligung angestellt werden können. Die Rednerin durfte als Ersatzmitglied in der JSK sein, als ein Polizeileitungsmitglied da war, und sie erachtet das Führungsmodell als nicht optimal. Es wird mehrheitlich top-down geführt anstatt bottom-up. In der Antwort steht, man habe eine Mitarbeiterinformation gemacht. Eine solche gibt es bei einem fait accompli. Das kann nicht so funktionieren. Die Mitarbeitenden der Polizei wurden viel zu wenig in den vorliegenden Prozess eingebunden. Die Rednerin möchte an die Geschichte aus Basel-Stadt erinnern, die zu einer grossen Eskalation führte, wenn auch zu einem anderen Thema. Ihr liegt am Herzen, dass alle Mitarbeitenden über wichtige Veränderungen befragt werden. Vielleicht hätten die Mitarbeitenden Ideen, wie der Beruf attraktiver gemacht werden könnte. Dies wurde nicht getan. Die Rednerin wäre froh, wenn das Postulat überwiesen, stehengelassen und die Umfrage gestartet würde.

**Simone Abt** (SP) führt aus, die SP-Fraktion sei der Auffassung, dass die Mitarbeitenden der Polizei bereits einbezogen worden seien in den Entscheidungsprozess. Sie vertraut hier auf die Aussagen des Regierungsrats, hat aber auch selber diesen Eindruck gewonnen. Es entsteht nun der Eindruck, dass nun nachträglich zum Entscheid versucht wird, Öl ins Feuer zu giessen. Es wäre besser, das Postulat nicht zu überweisen, deshalb wird die SP-Fraktion trotz des guten Willens des Regierungsrats nicht für Überweisung stimmen. Die Umfrage erscheint kontraproduktiv und damit wird ein Fass geöffnet, das eigentlich bereits geschlossen wurde. Das macht wenig Sinn.

**Béatrix von Sury d'Aspremont** (Die Mitte) hält fest, die Mitte-Fraktion sehe keinen Grund für eine Befragung. Der Regierungsrat hat klar aufgezeigt, dass die Mitarbeitenden in die Strategie betreffend Attraktivität des Berufes, Rekrutierung etc. involviert sind. Die Meinungen werden berücksichtigt und da hat sie einen anderen Eindruck als Caroline Mall. Die Stimmung in der Polizei Basel-Landschaft ist gut. Der Regierungsrat beschreibt es richtig: die Einen werden immer dafür sein, die Anderen dagegen. Die Situation wird so eingeschätzt, auch gemäss den Berichten, dass das Polizeikorps die Entscheide mitträgt. Es wäre ja unsinnig von der Polizeileitung, Ausländer mit C-Ausweis zu rekrutieren, wenn massiver Widerstand herrschen würde. Schliesslich trägt der Kommandant die Verantwortung. Für die Mitte-Fraktion ist der Vorstoss nur ein Mittel, um die Umsetzung der Rekrutierung von Polizeipersonal mit Ausweis C zu torpedieren. Die Fraktion wird den Vorstoss nicht überweisen.

**Marc Schinzel** (FDP) kann sich den Vorrednerinnen anschliessen. Die FDP-Fraktion ist gegen die Überweisung des Postulats, auch aus den bereits genannten Gründen. Man hat ja die Polizeistrategie 2024 bis 2027 entwickelt und gemeinsam mit der Polizei erarbeitet. Die Polizeileitung schlägt nicht einfach aus dem Elfenbeinturm heraus etwas vor und sie würde nichts vorschlagen, wenn sie

das Gefühl hätte, es würde auf totalen Widerstand im Korps stossen. Der Landrat hat das Thema der Niederlassungsbewilligung C besprochen, ebenso wurde es in der JSK diskutiert. Der Rat hat zugestimmt, dass eine Lösung in diese Richtung erarbeitet werden soll. In der Stellungnahme hat der Regierungsrat auch richtig ausgeführt, dass es Sinn macht, dass man das Vertrauen in die Polizeileitung als strategisches und operatives Führungsorgan hat. Es besteht der Eindruck, dass die Polizei Basel-Landschaft gut geführt wird und gut aufgestellt ist. Sie hat Personalprobleme, wie andere Korps auch, wird aber umsichtig geführt und die Leute können sich auch einbringen, auch wenn sie unterschiedliche Haltungen haben. Das wurde abgedeckt. Auch die FDP-Fraktion ist gegen Überweisung.

**Stephan Ackermann** (Grüne) erklärt, die Grüne/EVP-Fraktion hätte sich vorstellen können, das Postulat zu überweisen, jedoch auch abzuschreiben. Caroline Mall ist gegen Abschreibung und die anderen Parteien sogar gegen Überweisung. Deshalb empfiehlt der Redner von oben nach unten seiner Fraktion, das Postulat nicht zu überweisen. Ob er eine Umfrage in der Fraktion starten muss, weiss er nicht. Der Redner wehrt sich wie sein Vorredner gegen den Vergleich von Stadt und Land. Solche Äusserungen sind gefährlich. Die Polizei Basel-Landschaft ist gut geführt und es kommen auch Leute. Mit dem Postulat wieder die ganze Thematik aufzufrischen bezüglich Niederlassung C, erscheint nicht zielführend. Die Diskussion wurde im Landrat bereits geführt und es wurde entschieden, dass eine Vorlage ausgearbeitet wird. Kommt diese in den Landrat, kann wieder Fundamentalopposition betrieben werden, aber nun erscheint es nicht nötig, die Verwaltung damit zu beschäftigen. Entweder ist man mit der Stellungnahme des Regierungsrats zufrieden und schreibt das Postulat ab oder es wird gar nicht überwiesen.

**Caroline Mall** (SVP) bedankt sich für die Bottom-up-Unterstützung. Ihr sei die Basis wichtig. Keiner weiss, ob die Basis miteinbezogen wurde – sie hat dies zumindest in keinem der Voten gehört. Es könnte sein, muss aber nicht. Es soll kein Vergleich mit Basel-Stadt geben, da kann sie zustimmen. Man hat die Basis mit Sicherheit in wichtige Entscheide nicht miteinbezogen. Sie hätte keine Angst, die Basis zu befragen. Simone Abt hat gesagt, es solle kein Fass aufgemacht werden. Ist dies die Meinung, so scheint kein Interesse an einer Umfrage zu bestehen.

**Ronja Jansen** (SP) findet eigentlich die Art und Weise befremdlich, wie die Debatte gerade geführt wird. Sie kann nicht ganz nachvollziehen, dass man den Grundsatz anerkennt, dass die Basis der Polizistinnen und Polizisten ein Recht haben soll zu sagen, ob sie mit Ausländerinnen und Ausländern zusammenarbeiten will. Dies findet die Rednerin sehr befremdlich. Würde die Befragung durchgeführt und ergäbe diese, dass 70 % der Polizistinnen und Polizisten nicht mit Ausländerinnen und Ausländern zusammenarbeiten wollten, aus rassistischen Gründen – was wäre denn für Caroline Mall das Fazit? Müssten im Korps Massnahmen gegen Rassismus ergriffen werden oder müsste dies einfach so akzeptiert werden und Polizistinnen und Polizisten müssten nicht mit Ausländerinnen und Ausländern zusammenarbeiten? Die zweite Option ist für die Rednerin kein gangbarer Weg. Ronja Jansen findet es befremdlich, wenn man den Grundsatz einführt, dass Polizistinnen und Polizisten ein Recht darauf haben, nicht mit Ausländerinnen und Ausländern zusammenzuarbeiten, wenn sie nicht wollen. Die Frage, ob Polizistinnen und Polizisten mit C-Bewilligung zugelassen werden sollen, ist eine politische Frage, über die der Landrat viel diskutiert hat und die er beantwortet hat. Aber es ist ganz sicher keine Frage, die Einzelpersonen überlassen werden sollte, die in einem bestimmten Beruf arbeiten.

**Gzim Hasanaj** (Grüne) hält fest, es sei im Landrat immer wieder als Kritik zu hören gewesen, dass gewisse Parteien den sozialistischen Weltuntergang beschwören würden. Nun kommt ein sozialistischer Antrag, dass das ganze Kollektiv befragt werden soll. Wahrscheinlich ist der Redner der einzige hier, der schon einmal in einem sozialistischen Land gelebt hat. Dort musste die Koopera-

tive entscheiden, ob sie ein Kalb kaufen will oder nicht. Er war 14 Jahre in einer Leitungsposition und hat trotz seiner egalitären Haltung bei der Anstellung von Personen selten jemanden gefragt. Ausgerechnet bei der Polizei – Armee und Polizei sind die am stärksten hierarchisch organisierten Institutionen – soll das Korps befragt werden. Der Redner weiss nicht, wie er diesen Antrag der SVP-Fraktion finden soll – er erscheint fast lächerlich. Er zielt darauf, hintenherum das zu torpedieren, was bereits beschlossen wurde. Es gibt aber nichts zu rütteln, denn der Landrat hat entschieden, dass die Aufnahme von Personen mit C-Bewilligung geprüft werden soll.

Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) führt aus, der Regierungsrat und die kantonale Verwaltung pflegten ein modernes Führungsverständnis. Die aktualisierten Führungsgrundsätze wurden erst gerade wieder publiziert. Dazu gehört es, dass man auf Augenhöhe führt. Wie die Polizeileitung das Korps bei der Erarbeitung der Polizeistrategie einbezogen hat, wurde erläutert. Bei vorliegenden Vorstoss geht es noch um etwas Grundsätzlicheres. Ein Arbeitsverhältnis ist eben nicht die Basisdemokratie. Am Schluss hat die Führung die Verantwortung, die Führung muss die Grundsätze oder die strategischen Ziele umsetzen. Die Rednerin fragt sich, wie sich der Landrat fühlen würde, wenn er hier drin etwas entscheidet und man dann nachher sagt: Nein, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen das nun doch nicht umsetzen. Schlussendlich hat der Landrat die höchste Kompetenz in diesem Kanton und die Verwaltung setzt um, was der Landrat entscheidet. Wird nun hier eine Wendung gemacht, öffnet man die Büchse der Pandora. Vielleicht hätten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefragt werden müssen, ob sie auf den Teuerungsausgleich für das nächste Jahr verzichten wollten. Dies ginge in eine ähnliche Richtung: Gibt es einen basisdemokratischen Entscheid zu einem Landratsbeschluss, erscheint dies schwierig und widersprüchlich. Deshalb ist die Rednerin froh, dass dem Antrag nicht zugestimmt und dass jene Personen, die die Führung übernehmen müssen, auch die Verantwortung tragen für ihre Entscheide.

://: Mit 60:15 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird das Postulat abgelehnt.

---